

M-V – ein Land zum Leben. Für Alle.

Schwerin, 7. November 2015. Ein Positionspapier zur Flüchtlingspolitik von Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Mit Zuversicht, aber auch mit Ängsten und Sorgen haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die politische Wende in der DDR und die damit einhergehenden sozialen, ökonomischen und politischen Umbrüche gemeistert. Sie wollten Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Aber viel zu viele sahen sich mit Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit konfrontiert.

Zu den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre gehört auch das Gefühl, Menschen zweiter Klasse zu sein. Auch in M-V gibt es Einheitsgewinner und -verlierer, schreitet die Spaltung in reich und arm voran. DIE LINKE war, ist und bleibt Anwältin der Ostdeutschen, sie war, ist und bleibt Streiterin für soziale Gerechtigkeit.

Gehen und Kommen gehören in der Geschichte Mecklenburgs und Vorpommerns seit Jahrhunderten dazu. Zu allen Zeiten verließen Landsleute ihre Heimat mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. So auch nach 1989. Zu allen Zeiten kamen Menschen in unser Land. Nach 1990 kamen Migrantinnen und Migranten insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns. Jüdisches Leben wurde wiederbelebt, viele Stadtfeste werden durch Zugewanderte bereichert, im Sport und in der Musik gehören erfolgreiche Talente mit ausländischen Wurzeln selbstverständlich dazu. Alle hier lebenden Menschen wollen unabhängig von ihrer Herkunft und Religion politische Freiheit, faire Chancen sich selbst zu verwirklichen und eine bessere Zukunft für ihre Kinder.

Unsere Gesellschaft steht nach 25 Jahren erneut vor großen Herausforderungen. Viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern suchen Schutz und eine Perspektive für sich und ihre Familien in der EU, in Deutschland, in M-V. Sie kommen aus Ländern, in denen Armut, Korruption, Terror, Verfolgung oder ein alles zerstörender Krieg den Alltag bestimmen.

Unsicherheiten, Fragen und Ängste prägen viele Diskussionen unter den Einheimischen und den Ankommenden. Was kommt auf uns zu? Wie werden und wollen wir zukünftig leben? Wie werden sich unser Land und unser Alltag verändern? Unsere Gesellschaft braucht mehr Miteinander. Sie braucht kein Gegeneinander. Sie braucht keinen Hass, keine Gewalt und keine Intoleranz. In einer modernen, offenen und solidarischen Gesellschaft bestimmen nicht Abstammung und Religion, sondern Werte und Überzeugungen die Identität.

Aus der Verunsicherung und Angst vieler Menschen vor dem Fremden versuchen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen politisches Kapital für ihre fremden- und demokratiefeindlichen Ziele zu schlagen. Zunehmend schrecken sie dabei nicht vor Gewalt zurück. Sie sind die geistigen Brandstifter, wenn Unterkünfte brennen und Menschen um Leib und Leben fürchten müssen. Politikerinnen und Politiker werden verunglimpft und bedroht. Nicht zuletzt ist das rechtsextremistische Treiben ein Angriff auf die Demokratie und den Rechtsstaat.

DIE LINKE M-V respektiert all diejenigen, die vor neuen nationalen und internationalen Herausforderungen Ängste artikulieren. Wir bekämpfen aber konsequent diejenigen, die Ängste schüren.

Das friedliche Zusammenleben in Europa und Deutschland ist zunehmend gefährdet. Dabei kann weder eine Festung Deutschland noch eine Festung Europa davon ablenken, dass auch die Bundesrepublik Verantwortung trägt für die Konflikte in der Welt. Deutschland exportiert immer mehr Waffen in die Krisengebiete dieser Erde. Der internationale Handel lässt eine für die Menschen gute Entwicklung in vielen Regionen der Welt nicht zu. Es ist Zeit, die Ursachen für Flucht zu bekämpfen. Es ist an der Zeit, die Abschottung zu beenden und Veränderungen einzuleiten.

DIE LINKE M-V stellt sich den erforderlichen Veränderungen und den damit verbundenen Herausforderungen. Die Verantwortung für Flüchtlinge, Asylsuchende und Einwanderer ist für uns untrennbar mit der Verantwortung für die hier lebenden Menschen verbunden. Wir dürfen nicht zulassen, dass arme Menschen in unserer Gesellschaft gegen die ärmsten Menschen, die zu uns kommen, ausgespielt werden. Soziale Verschlechterungen darf es in keinem gesellschaftlichen Bereich geben, und schon gar nicht dürfen diese mit der „Flüchtlingskrise“ begründet werden. Nur wenn die vielen bestehenden sozialen Probleme entschieden angepackt werden, kann auch die Integration der Zuwanderer gelingen.

Die Integration und das Miteinander sind keine Einbahnstraße. Es ist ein langwieriger Prozess, in dem die aufnehmende Gesellschaft und die Aufzunehmenden gleichermaßen aufeinander zugehen müssen. Davon profitieren letztlich alle.

DIE LINKE M-V engagiert sich gemeinsam mit anderen antirassistischen, demokratischen Kräften, die diesen Prozess friedlich mit gestalten wollen. Wir können der Motor für Veränderungen sein. Wir halten eine Strategie für notwendig, die die Ankommenden und Einheimischen in erster Linie als Menschen sieht. Wir wollen, dass alle unter gleichwertigen Bedingungen leben können. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind dabei die Leitideen. Dies funktioniert nur über gegenseitiges Kennenlernen, demokratische Teilhabe und Gleichbehandlung.

DIE LINKE M-V will ein von Menschenwürde und Weltoffenheit getragenes landespolitisches Konzept, welches den sozialen Zusammenhalt zwischen den Menschen ungeachtet ihrer Herkunft als gesamtgesellschaftliches Ziel formuliert und fördert. Es ist unabdingbar, Vorzüge und Chancen kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt hervorzuheben und für alle Menschen erlebbar zu machen.

DIE LINKE M-V lädt alle demokratischen Kräfte zu einer Debatte über Gegenwart und Zukunft ein, die ein zukunftsfähiges und lebenswertes M-V in den Mittelpunkt stellt. Weltoffenheit, Toleranz und ein friedliches Miteinander müssen dabei gegen alle rassistischen Tendenzen und Erscheinungen verteidigt werden.

DIE LINKE M-V setzt sich u.a. für folgende kurz- und mittelfristige Maßnahmen für alle ein:

- kommunales Investitionsprogramm für sozialen Wohnungsbau und Wohnraummodernisierung auflegen;
- kommunale Finanzausstattung verbessern;
- ausreichend Kita- und Schulplätze bereitstellen bzw. schaffen;
- flächendeckende stationäre und ambulante Krankenversorgung sicherstellen;
- mehr öffentliche Verkehrsverbindungen auf Straße und Schiene ermöglichen;

- Volkshochschulen stärken (Kurse für Ankommende und Einheimische für Sprache und Länderkunde);
- mehr Lehrerinnen und Lehrer, Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache schneller qualifizieren;
- landesweiten Dolmetscherpool einrichten;
- interkulturelle Kompetenz u.a. der Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und kommunalen Beschäftigten erhöhen;

- durch Ausbildung und Beschäftigung zur Integration beitragen, ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen, berufliche Kompetenzen feststellen;
- Bündnis für Arbeit als „Bündnis für Arbeit, Beschäftigung und Integration“ neu ausrichten;
- Landesarbeitsmarktprogramm neu ausrichten, durch sozialen Arbeitsmarkt Integration ermöglichen und Armut bekämpfen;

- zusätzliches Personal in den Kommunalverwaltungen, Polizei, Kitas und Schulen;
- Verwaltungsvorgänge entbürokratisieren, um Mehrfacharbeit abzubauen und Personal zu entlasten;

DIE LINKE setzt sich für eine offene und solidarische Gesellschaft ein.

Sie befindet sich auch deshalb in einem intensiven Diskussionsprozess über den Umgang mit Asyl und Einwanderung. Dabei werden u.a. folgende Themen zu klären sein:

- Kriegsflucht und Asyl – Menschen in Not
- Familiennachzug
- Legale Zuwanderung und Einbürgerung
- Einwanderung zur Arbeitsaufnahme